

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Seit 1848 eröffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6050-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne Fracht; durch die Post bezogen: M. 3.00 monatlich, M. 12.00 vierteljährlich, mit Fracht. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Verleger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Erste Zeile M. 1.20, zweite M. 1.00, dritte M. 0.80, vierte M. 0.60, fünfte M. 0.50, sechste M. 0.40, siebte M. 0.30, achte M. 0.20, neunte M. 0.15, zehnte M. 0.10. — Für die Einzeile 100 Buchstaben. — Bei Wiederholungen ermäßigt. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Stellen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Verleger: Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Hanja 1371-1373.

Dienstag, 1. Februar 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 51. ♦ 69. Jahrgang.

Zahlenrausch.

Der 20. Januar 1921, an dem auf der Pariser Konferenz der alliierten Minister die deutsche Entschädigungsfrage gelöst wurde, bedeutet einen schwarzen Tag in der Geschichte unserer Nation. Selbstverständlich ist das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch lange nicht gesprochen, denn die Alliierten müssen sehr bald selbst zu der Einsicht kommen, daß Deutschland ihre Forderung auf insgesamt 226 Milliarden Goldmark auch nicht annähernd erfüllen kann.

In Boulogne, wo die Staatsmänner der Alliierten unter sich waren, hatte man sich darauf geeinigt, Deutschland eine Kontribution von 65 Milliarden Goldmark aufzuerlegen, obwohl schon damals Sachverständige der Alliierten darauf hinwiesen, daß kein Land, am allerwenigsten eines, das einen 41-jährigen Verlustreichen Krieg hinter sich habe, eine solche Kontribution aufbringen könne. Seitdem aber hat der Zahlenrausch allgemach eine Steigerung erfahren, so daß er jetzt beim ausgesprochenen Milliardenfieber angelangt ist. Über die Summe von 100 Milliarden, mit der längere Zeit jongliert wurde, kam man zu 150, zu 160, zu 200 Milliarden. Und jetzt haben die Alliierten in Paris feierlich ein „Zahlungssystem“ beschlossen, das einigermaßen an die Geschichte von dem Erfinder des Schachspiels erinnert, der von dem Schach angeht für jedes Feld eine Verdoppelung der Grundgebühr verlangt haben soll, wobei sich herausstellte, daß alle Reichtümer des Schachs nicht zur Zahlung hinreichten.

Dies Ergebnis wird sich auch bei dem in Paris beschlossenen Wiedergutmachungssystem herausstellen, das „bescheiden“ mit 2 Milliarden Goldmark jährlich beginnt, dann auf drei, vier, fünf Milliarden steigt, um den Beharrungszustand von je sechs Milliarden jährlich zu erreichen. Wohl gemerkt, nicht die deutsche Papiermark, sondern die Mark in dem Gold, das wir nicht mehr haben.

Nun sollen ja freilich erst noch die Sachverständigen in Brüssel über die „Durchführung des Abkommens“ beraten, wobei sich als Resultat nur die Nichtdurchführung ergeben könnte. Am 28. Februar soll dann in London eine neue Konferenz zusammentreten, zu der die deutschen Vertreter eingeladen werden. Man könnte meinen, daß in London vielleicht eine nüchternere Stimmung herrschen wird als in Paris, aber nach den Darlegungen und Beschlüssen von Paris ruht eine solche Hoffnung nur auf sehr schwachen Füßen. Hat doch der französische Finanzminister Doumer unter Zustimmung der Alliierten 48 Milliarden Goldmark als Entschädigung für den Wiederaufbau Frankreichs und 54 Milliarden Mark für Pensionen gefordert, während der Engländer Keynes die Kosten für den Wiederaufbau mit 10 Milliarden und den Gesamtverlust Frankreichs mit 16 Milliarden eingeschätzt hat. Dabei wurde Frankreichs Gesamtvermögen vor dem Kriege mit 200 Milliarden Franken, gleich 160 Milliarden Goldmark, berechnet.

Es wird nunmehr die Aufgabe der deutschen Sachverständigen sein, nachdem man uns in Paris nicht gehört hat, in Brüssel den Alliierten zu erklären, daß diese Entschädigungsforderungen, die das Gesamtvermögen und die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes weit übersteigen, lediglich einen Zahlenrausch darstellen und eine Verewigung des wirtschaftlichen Elends in Europa bedeuten würden. Was ist aus all den schönen Worten geworden, die in den letzten Monaten über die Hilfe für Deutschland vergendet wurden? Selbst ein fleißiges und reiches Land könnte Summen, die sich auf etwa 2260 Milliarden Papiermark belaufen, niemals aufbringen, geschweige denn ein geschlagenes, ausgeraubtes, seiner Kolonien und Rohlen, seiner Schiffe und wertvoller Gebietsteile beraubtes Land. Man hat uns für den Fall, daß wir nicht zahlen, mit der Beschlagnahme der Zollkassen gedroht. Aber die Alliierten werden, wenn sie unsere Zollkassen besetzen, die Erfahrung machen, daß in ein okkupiertes, zwangsverwaltetes Deutschland niemand etwas einführen würde, wobei noch zu bemerken ist, daß Deutschland nur Lebensmittel und Rohstoffe importiert, die es braucht, damit das deutsche Volk und die deutsche Industrie auch im Interesse der Wiedergutmachung arbeiten können. Die deutsche Regierung wird in den nächsten Tagen eine schwierige Aufgabe zu erfüllen haben. Sie darf jedoch der Unterstützung des ganzen Volkes sicher sein, wenn sie den Zahlenrausch nicht mitmacht, sondern klar und unumwunden zum Ausdruck bringt, daß sie eine auch nur annähernde Erfüllung der Reparationsforderungen der Alliierten für unmöglich hält!

Dz. London, 31. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times“ meldet aus Washington, daß dort allgemein die Meinung verbreitet sei, daß wesentliche Abänderungen in der auf der Pariser Konferenz festgelegten Ent-

schädigungssumme fast unvermeidlich sein würden. In Amerika werde darauf hingewiesen, daß sowohl die Verteilung der Entschädigung auf 42 Jahre wie auch die Erhebung einer 12-prozentigen Steuer auf die deutsche Ausfuhr der Zustimmung Deutschlands bedarf.

Dz. Bern, 31. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In einem Überblick über die Ergebnisse der Pariser Konferenz sagt die „Neue Zürcher Zeitung“, es würde sich erst erweisen müssen, ob die Resultate, die übrigens noch nicht endgültig sein könnten, auch praktisch durchführbar seien. Die Konferenz bedeute eine neue Belastung des deutschen Wirtschaftslebens. In der Entwaffnungsfrage habe eine veränderte Auslegung des Friedensvertrages stattgefunden. Die Exportzölle werden eine sehr fühlbare Vertiefung des gesamten deutschen Exports mit sich bringen. Der Pariser Korrespondent des Blattes befürchtet die Einräumung neutraler Mächte gegen die Exportsteuer. Für die Schweiz und Holland sei durch sie ein Schuß gegen die Überflutung mit deutschen Waren zu erwarten.

Lloyd George ist befriedigt.

mz. Paris, 30. Jan. (Havas.) Nach Schluß der Konferenz erklärte gestern Lloyd George französischen Journalisten, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgezeichnet. Er habe selten eine Konferenz gesehen, die man mit so allgemeiner Befriedigung verlassen habe, und das sei sehr gut, denn, wenn man nicht zu einer vollständigen Verständigung gelangt wäre, wäre das ein wirkliches Ärgernis gewesen, und nur die Deutschen hätten sich darüber freuen können. Die Deutschen würden allerdings nicht so recht mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein, fürchte er. Irigendwelche Schwierigkeiten für die Erhebung und Kontrolle der Ausfuhrzölle fürchte er keineswegs. Es händen den Alliierten mehr als ein Mittel zur Verfügung, um dieser Schwierigkeit Herr zu werden, falls sie auftauchen sollten, vor allem die Zollkontrolle, die sie einrichten würden. Diese Kontrolle werde allerdings durch einen deutschen Beamten ausgeübt werden, aber die Ernennung dieses Beamten werde nur unter Zustimmung der Reparationskommission erfolgen können, die jeden Augenblick seine Abberufung fordern könne. Wenn die Deutschen trotz dieser Kontrolle ihre Ausfuhr irgendwie zu verheimlichen suchen sollten, so brauche man sich nur an die Beschlüsse oder sogar an die neutralen Regierungen zu wenden, die ja größtenteils schon Statistiken über ihre Einfuhr veröffentlichten. Man würde dann diese Statistiken nur mit den deutschen Ziffern zu vergleichen haben. Über die militärischen und nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen erklärte Lloyd George, man solle sich wohl davor hüten, die Kontrolle der deutschen Mühle, die feinerlei Zwangsmassnahme sei, mit der Einrichtung eines direkten Zollregimes durch die Alliierten zu verwechseln, was natürlich eine Zwangsmassnahme wäre. Man habe es vermieden, den Ausdruck Zwangsmassnahme zu gebrauchen, wie man überhaupt ganz allgemein zu vermeiden gesucht habe, was die deutsche Empfindlichkeit verletzen könnte. Es sei den Alliierten nicht daran gelegen, die Deutschen zu erniedrigen, sondern nur daran, in den Besitz ihrer Forderungen zu gelangen. Die rein moralische Zwangsmassnahme der Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die auf Vorschlag Lord Curzons zur Annahme gelangt sei, könnte ohne weiteres dadurch vermieden werden, daß die Alliierten sich der Aufnahme Deutschlands widersetzen, falls dieses sich weigern sollte, die ihnen unterzeichnete Lösung aufzunehmen. Lloyd George wies noch besonders darauf hin, in welchem Geiste die vorgezeichneten Zwangsmassnahmen zur Anwendung kommen sollten. Die Alliierten seien sich vollkommen darüber einig, daß man sie nicht leichtfertig zur Annahme bringen dürfe, wenn sie überhaupt ihre Wirksamkeit erzielen sollten. Man werde, mit anderen Worten, Deutschland nicht gleich wegen jedes leichten Verstoßes mit der Anwendung dieser Maßnahmen drohen, aber diese Maßnahmen würden in ihrer Gesamtheit rechtlich als Lösung zur Anwendung gelangen, wenn die Alliierten es für nötig hielten. Die Reparationskommission werde ihre Arbeiten fortsetzen, weil Frankreich wünsche, daß die Gesamtschuld der Forderungen aller Alliierten Deutschland gegenüber gemäß dem Vertrag festgestellt werde, und dann, weil man immerhin die Möglichkeit voraussetzen müsse, daß Deutschland das fest getroffene Abkommen nicht annehme. In diesem Falle würde nichts anderes übrig bleiben, als die Bestimmungen des Vertrages reiflich und buchstäblich zur Anwendung zu bringen. Die Frage der internationalen Schulden würde Großbritannien mit dem allerbesten Willen regeln und mit dem größten Entgegenkommen. In dieser Hinsicht habe England bereits versprochen, fünf Jahre lang keinen Anteil an der deutschen Entschädigungssumme nicht zu kapitalisieren, nur um einer etwaigen französischen Anleihe nichts in den Weg zu legen, falls Frankreich verachten sollte, auf diesem Wege seine Forderungen gegen Deutschland klären zu machen. Das sei zwar nur wenig, und England würde gern mehr tun, aber es sei ganz unmöglich, sich mit einem Sonderabkommen nur zweier Länder über diese Schulden zu befassen. Dafür bedürfte es einer ganz allgemeinen Lösung. Wir schulden den Amerikanern Geld, Frankreich ist unser Schuldner, und andere Nationen wiederum sind Frankreich Geld schuldig. Es ist da keinerlei Lösung möglich, so lange Amerika sich von den Verbindlichkeiten fernhält. Nun wir inzwischen so, als ob uns keinerlei Schulden brühten, das wird uns ermöglichen, noch zu warten. Wenn mein Gläubiger mich nicht drängt, so werde ich meinerseits auch meinen Gläubiger nicht drängen.

Hoover über die Schulden der Alliierten.

mz. Paris, 31. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Marion (Ohio) hat Senator Hoover öffentlich erklärt, er sehe den Grund nicht ein, warum die Vereinigten Staaten die Schulden der Alliierten freizubekommen, wenn diese Staaten für die Rücklagen mehr ausgeben, als notwendig sei.

Griechenlands Vertretung bei der Londoner Konferenz.

mz. Paris, 31. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung aus Athen hat Ministerpräsident Vassilis Jouranidis gegenüber erklärt, Griechenland werde auf der Konferenz in London durch ihn und ein anderes Mitglied des Kabinetts, nicht aber durch Gounaris vertreten werden.

Das Wohnungsbaugesetz.

mz. Berlin, 29. Jan. Dem Reichstag ist der in der Presse bereits mehrfach besprochene Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (meist als Mietssteuer bezeichnet) eingegangen, welcher die Beschaffung der Mittel für eine weitere Unterstützung der Bauwirtschaft sichern soll. Der Entwurf sieht vor, daß die Länder zur Verzinsung und Tilgung der Mittel, die sie zur Gewährung von Darlehenssummen ausgeben, eine Abgabe in Höhe von 5 v. H. des Mietswertes von 1914, also nicht der geteuererten Miete von den bebauten Grundstücken (nicht nur von Wohngebäuden, sondern auch von Läden, Geschäftsräumen, Werkstätten, Fabriken u. dergl.) erheben. Die Gemeinden sollen die Zuschüsse in gleicher Höhe für den gleichen Zweck erheben. Befreit von der Abgabe sind öffentliche gemeinnützige Betriebe, ferner alle Abgabepflichtigen mit geringeren Einkommen (die Grenzen schwanken zwischen 5000 und 9000 M., je nach den Ortsklassen). Neubauten dürfen mit Mitteln aus den Abgaben nur unterstützt werden, wenn Sicherheit gegen die Spekulationsausnutzung gegeben ist. Der Reichsrat hat eine abweichende Vorlage beschlossen, welche vor allem die Aufbringung der Mittel, statt der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Abgabe, durch eine landesgesetzliche Grundsteuer ermöglichen soll. Die Reichsregierung hält jedoch an ihrem Entwurf fest, da die von dem Reichsrat vorgeschlagene Lösung die dringend notwendige, baldige Beschaffung der Gelder für die Befreiung der Bauwirtschaft verzögern würde und außerdem bei Heranziehung der Grundsteuer die im Entwurf der Reichsregierung enthaltenen sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht genügend berücksichtigt werden würden. Beim Reichstag sind daher getrennte Vorlagen der Reichsregierung und des Reichsrats eingegangen.

Differenzen im hessen-nassauischen Zentrum.

In einer Versammlung in der „Alten Post“ zu Limburg a. d. L., zu der die Vertreter der Zentrumspartei der Bauernschaften Nassau und Kurhessen erschienen waren, fand die folgende Entschließung Annahme: „Die Anwesenden, durch das Vertrauen der Wählermassen getragenen Vertreter, erheben energisch Protest gegen die einseitige Aufstellung der Kandidaten der Zentrumspartei zum preussischen Abgeordnetenhaus. Sie erklären in diesem einseitigen Aufstellen der Kandidaten eine Zurücksetzung des landwirtschaftlichen Berufsstandes, der auf Grund seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung als Nährboden auch in dem Parlament mit an erster Stelle berücksichtigt werden müßte, zumal er von den gesetzgebenden Maßnahmen in allererster Linie berührt wird. Die Versammlung stellt mit Bedauern fest, daß die Wahlkommission der Bauernschaften Nassau und Kurhessen der Aufstellung der Zentrumskandidaten nicht gehört worden sind. Eine Berücksichtigung hätte um so mehr Platz greifen müssen, als gerade die Bauernschaften im Parteiprogramm die hauptsächlichste Stütze und eine der wesentlichsten Bestandteile der Zentrumspartei bilden. Die Anzahl der der Partei zugute kommenden Bauernstimmen ist auf Grund der Verteilung bei der letzten Reichstagswahl so groß, daß die Landwirtschaft berechtigt ist, an einer Stelle zwei Sitze zu verlangen. Wenn sie mit einem Sitz an einer Stelle sich begnügt hätte, so wäre dies nur mit Rücksicht auf die Partei und die Interessen der übrigen Stände geschehen.“

Keine Unterstützung Lenins und Trozks durch Deutschland.

W.T.B. Berlin, 30. Jan. Auf eine Anfrage des kommunistischen Abg. Däumell, ob während des Krieges Lenin, Trozki und andere Bolschewiken von der deutschen Reichsregierung mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt worden seien oder ob diese eine Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden angelassen habe, erklärte Reichsminister Simons die Antwort, daß die Äußerungen des Auswärtigen Amtes keinen Anhaltspunkt dafür geben, daß Lenin und Trozki aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden seien oder daß das Auswärtige Amt einer Unterstützung dieser Bolschewiken durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt hätte.

Eine Krise in den polnisch-russischen Friedensverhandlungen.

mz. Kopenhagen, 31. Jan. Der „Politiken“ wird aus Kiga telegraphiert: In den polnisch-russischen Friedensverhandlungen ist eine Krise eingetreten. Man konnte bisher zu keiner Einigung über die von Russland an Polen zu zahlenden Geldbeträge gelangen. Joffe erklärte, Russland könne höchstens 30 Millionen Goldrubel an Polen geben, während Dombolski 70 Millionen Goldrubel verlangt. Der Zeitpunkt für die nächste Tagung ist noch nicht festgelegt.

Reise des belgischen Königspaares nach Madrid.

mz. Paris, 31. Jan. (Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung aus Brüssel ist das belgische Königspaar gestern nach Madrid abgereist. In seiner Begleitung befindet sich der belgische Minister des Äußeren.

Anerkennung Georgiens.

W.T.B. Paris, 30. Jan. Wie der „Temps“ mitteilt, beschloß die Konferenz in Paris gestern, die Republik Georgien als Staat anzuerkennen, da der Vertreter von Georgien in Paris das offizielle Verlangen stellte.

W.T.B. London, 30. Jan. Wie der „Times“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat den letzten Nachrichten aus Tiflis zufolge die Regierung von Aserbaidschan dem Ultimatum Georgiens nachgegeben und sich verpflichtet, das versprochene Petroleum gemäß dem Abkommen vom 14. November 1920 zu liefern.

Die Europareise des japanischen Kronprinzen.

mz. London, 31. Jan. Reuter meldet aus Tokio: Der bevorstehenden Europareise des japanischen Kronprinzen wird außerordentliche Bedeutung beigegeben. Der Kronprinz wird außer England noch andere europäische Staaten besuchen, aber nicht nach Amerika gehen.

Gewinn-Verluste

Schlafzimmer.
ruhig, pol. mit Matratze
Spiegel und Marmor
billig abgegeben.
H. Loh.
7 Miemordring 7

Moderne Küchen
rund vorgebaut. 1380 370
hochmod. Küchen

rund vorgeb., mit eingek.
 Gewürzst. 1870. 2250
 und 2500 Mt. zu verkaufen
Bauer, Weiskopfstr. 51
 Nähmaschine.

fast neu, 4 Kleiderchränke
Deadbett, schöner Tenniss
Divan, Kommode billig
zu verkaufen Selenen
Strake 3. Bort.

aut durchgepariert mit
neuem Gummi. billig
Nahrradhaus Gotfried,
Grabenstraße 26.
Fahrräder mit vt. Be
reifung von 350 Mk. ab

henholz-Schrank
bar, Größe etwa 3 auf 3

od. Sammlungen

cedes

ne 16/45
zu verkaufen. Näh.
rt.

bellen, 4 Lager-
; Pferdekrippen,
kompl. Desinfek-
ne Arbeitermasch-

n, Klotzschschiffeln,
1/2 Weinflaschen,
Stückfässer, Partie

derbügel zu verk.
ellrichstraße 21.
Tel. 3930.

Berier Teppiche
Verbindungsstück u. zwei
Kellern gegen hoh. Preis
nur aus Privatband an
Lauten gelocht

Wagmann
Keroltstr. 28. Tel. 2654.
Perser u. oriental.

Leppiche
auch beschädigte Stücke,
zu laufen gesucht, zahl-
pro im 200—1000 $\mathcal{R}$.
Off. unt. 29. 949 an
den Tauch-Berlin

Bücher!
kauft Buchhdl. Schwandt,
Rheinkr. 43, E. Pultenpl.

Organische Chemie
von Hollemann zu kaufen
gesucht. Offert. u. L. 959
an den Tagbl.-Verlag.

Briefmarken!

Suche Sammlungen u.
bessere Einzelmarten zu
kaufen. Theodor Peintz.
Johlaub, Hansa-Allee 22,
Frankfurt o/Main.
Tel. Hansa 4465.

Bessere Briefmarken-
Sammlung von Privat-
mann zu kaufen ge. Df.
u. B. 961 Taub-Verlag.
Schreibmaschine

Kontrollkaffe
National sucht bei gegen

Guterhalt. Klavier
zu kaufen gesucht. Off. u.
L. 95; an den Tagbl.-Berl.

Pianino, kreuzsaitig,
nur tadelloses Instrument,
zu kaufen gesucht, Gel.
M., mit Angabe des
Fabrikats u. Preises unt.
E. 969 an den Tagbl. B.

non Privat zu lauf. gel.
Schenk. Seerohrnitz. 2. 3

Besichtigung der Stoffe ohne Kaufzwang.

Eine seltene Kaufgelegenheit!

Etwas ganz Außergewöhnliches

bieten wir mit unserm am

Mittwoch, den 2. Februar

beginnenden enorm billigen Verkauf von

Herren-Stoffen.

Von einem Aachener Tuchhaus kauften wir einen großen Posten Herren-Stoffe ganz bedeutend unter den bisherigen Preisen. — Besonders weisen darauf hin, daß es sich um keine Kriegsware, sondern um reelle, neu angefertigte, erstklassige Qualitäten handelt. Dieselben gelangen ohne Rücksicht auf den früheren Wert zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Posten I

Schöne dunkel gemusterte Stoffe, haltbare Qualitäten, sowie mod. Hosenstreifen

Einheitspreis

Meter **95⁰⁰** Mk.

Posten II

Einfarbige u. gestreifte mod. Anzugstoffe, darunter ganz feine reinwoll. schwarze u. blaue 150 cm br. Ware für Hochseits-, Gesellschafts- und Konfirmanden-Anzüge

Einheitspreis

Meter **125⁰⁰** Mk.

Posten III

Aparte elegante Frühjahrs-Neuheiten, hervorragende Ausmusterung in hellen u. dunklen Farben

Einheitspreis

Meter **150⁰⁰** Mk.

Posten IV

Nur erstkl. Qual., darunter fste. Kammgarne, wie dieselben vor dem Kriege nicht schöner gebracht wurden

Einheitspreis

Meter **175⁰⁰** Mk.

Covercoat für Herren- und Damen-Paletots Meter nur 150.— u. 125.— Mk.

Gebrüder Stern

Neugasse 13,
Ecke Ellenbogengasse.

Beachten Sie unsere Auslage.

8 Trauringe
Dukatenhold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585
8 kar. Gold 333 gestempelt v. 50.— an
Ludwig Auswan stets in Lager.
Bek 70 Kirchgasse 70
gegenüb. Mauritiuspl. Wiesbaden.
Tel. 6132. 1756

Konsumverein für Wiesbaden u. Umgegend
Büro Hellmundstr. 45. e. G. m. b. H. Telefon: 489, 490.

Große Sendungen

prima nordamerik. Schweineschmalz

frisch eingetroffen!

Preis per Pfund

nur **11.75** Mk.

Mitglieder! Achtung! Denkende Genossenschaftler kaufen nur in ihrem eignen Geschäft!!
Der Vorstand und Aufsichtsrat!

Beisteuer-Anlagen

Im Anschluß an das Städt. Elektr.-Werk führt aus
H. Schäfer, elektrisches Installationsgeschäft,
Marktstraße 12. Telefon 5344.

Billiger als Frachtgut ::
und schneller als Eilgut!

Regelmäßiger Eilfuhrdienst

Wiesbaden, Mainz und zurück

Abfahrt täglich:

Von Mainz 9 Uhr vormittags, Rheinthal 21.

Von Wiesbaden 3.30 nachm., Nikolastraße 5.

L. RETTENMAYER, Wiesbaden,

Nikolastraße 5. Tel.: 12, 113, 124, 242, 311.

Mainz, Rheinthal 21. Tel. 839. 1521

Autos und Motorräder

werden fachgemäß repariert.

Autoreparatur & Meißner, Odenstraße 17.

Haus- und Vermögens-
Verwaltungen

übernimmt

Robert Götz, Rheinstr. 91

Telephon 4849.

Feinste Referenzen.

Beamten- und Bürgerkonsum-
verein, Rhein-Main

e. G. m. b. H.

Stb. Wiesbaden.

Büro Adelheidstr. 53. Tel. 6253 u. 6233.

Erneuter Preisabschlag!

1 Waggon prima nordamerikanisches

Schweineschmalz

per Pfund Mk. **11.75**

Mitglieder!

Deckt Euren Bedarf in der Genossenschaft, Ihr fördert damit Euer eigenes Interesse. F310

Der Vorstand.

Elektrische
Licht- u. Kraft-Anlagen

sowie Beisteuer-Anlagen führt aus:

M. Commichau,

Schwalbacher

Straße 44.

Fernruf 1980.

Gr. Lager in Beleuchtungskörpern, Heiz- u. Koch-Apparaten.

Frisch
eingetroffenFeinste
med. Ware!

Lebertran-Emulsion.

Schloss-Drogerie Siebert, Marktstr. 9.

Restaurant Klostermühle

Lahnstraße

Klarenthal

Teleph. 356

F. Gies.

1a Bohnen-Kaffee, selbstgeb. Kuchen

Wurst eigener Schlachtung.

Apfelwein — Wein — Bier u. div. Getränke.

Gemütl. Z. f. kl. Gesellsch. Saal f. Vereins. Kegelhahn.

Wollen Sie gut und billig kaufen?

dann benutzen Sie meinen

Inventur-Ausverkauf in Schuhwaren.

Trotz meiner bekannt billigen Preise habe ich mich entschlossen, die noch vorhandenen

Einzel- und Respaare zu und weit unter Einkaufspreis abzugeben.

Beachten Sie meine Auslagen.

J. Drachmann, Neugasse 22.

Verkauf Parterre u. 1. Stock.